

Niederschrift

über die 3. Sitzung der Bezirksversammlung in der 19. Amtsperiode am 24. Mai 2011

Vorsitz:	Herr Schulz	- SPD –
Anwesend:	Frau Gajewski, Frau Jonas, Frau Lewy, Frau Loss, Frau Overbeck, Frau Rajski, Frau Schmager, Frau Schulz, Frau Vielhaber und Frau Weiß; die Herren Bartels, Beeken, Böhm, Dose, Fuß, Heimath, Kähler, Kazanci, Krämer, Lipski, Rehbein, Schinkel, Schucher, Sielaff und Wiese	- SPD –
	Frau Günther, Frau Dr. Jaeger und Frau Stöver; die Herren Bliefernicht, Bonhagen, Fischer, Frommann, Hagedorn, von Harten, Hornung, Hoschützky, Klein und Schneider	- CDU –
	Frau Ehlers; die Herren Marek, Preuß, Völkoi und Wolkau	- GAL –
	Frau Boeddinghaus, Frau Nordbrock und Herr Lübberstedt	- Linke –
	Die Herren Dr. Duwe, von Eitzen und Schuster	- FDP –

Bezirksamt Harburg:

Bezirksamtsleiter:	Herr Meinberg
Dezernat Steuerung und Service:	Frau Möller und Herr Trispel
Dezernat Bürgerservice:	Herr Schleiden
Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit:	Herr Stuhlmann
Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt:	Herr Penner

Beginn: 17.30 Uhr

Ende: 22.00 Uhr

Bürgerfragestunde:

1. *Herr Rupprecht* (Anwohner Wetterstraße) erinnert an die seit Jahren bestehenden Absichten der SAGA für den Bau von Reihenhäusern im Wohngebiet Wetterstraße/Zehntland und erkundigt sich nach dem Sachstand – insbesondere im Hinblick auf die aktuell vorgesehene Erweiterung der dort vorhandenen Flüchtlingsunterkunft.

Herr Meinberg bestätigt die nach wie vor bestehenden Absichten der SAGA. Diese würden vor dem Hintergrund des neuen Wohnungsbauprogramms jetzt sogar akuter werden; es lägen aber noch keine konkreten Anträge vor. Andererseits sei Harburg aufgefordert worden, wieder mehr Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen; dies solle sozialverträglich in kleinen Wohneinheiten mit maximal 50 Plätzen geschehen. In diesem Zusammenhang sei von der Verwaltung auch die Erweiterung der bestehenden Wohnunterkunft an der Wetterstraße um bis zu 40 Plätze vorgeschlagen worden. Er halte diese Zahl für eine akzeptable Größenordnung.

Herr Heimath, Herr Schuster und *Herr Wolkau* stimmen Herrn Meinberg zu; die sozialverträgliche Unterbringung in kleinen Wohneinheiten habe sich bewährt. Der Standort Wetterstraße sei dafür durchaus geeignet – allerdings sei noch keine Entscheidung gefallen.

Herr Fischer erklärt, dass die CDU eine Erweiterung der vorhandenen Unterbringungsmöglichkeiten in der Wetterstraße und auch in anderen bezirklichen Bereichen ausdrücklich ablehne, weil Harburg bereits mehr als genug soziale Belastungen zu verkraften habe. Deshalb fordere er nachdrücklich die Umsetzung des von der SAGA angestrebten Wohnungsbaus in dem Bereich.

2. *Frau Gericke* (Anwohner Jägerstraße/Vogteistraße) berichtet, dass sich nach der Eröffnung der Meckelfelder Brücke die Verkehrssituation im Bereich Vogteistraße/Jägerstraße trotz ausgewiesener Tempo-30-Zone erheblich verschlechtert habe, und fragt nach konkreten verkehrsberuhigenden oder straßenbaulichen Maßnahmen, um den massiv angestiegenen Lkw-Verkehr wieder auf die dafür vorgesehenen Bundes- und Kreisstraßen zurückzuführen.

Der Vorsitzende schlägt vor, Punkt 5 der Tagesordnung in die Bürgerfragestunde einzubeziehen. *Die Bezirksversammlung* ist einverstanden.

5. **Antrag CDU Drs XIX/91 betr. Bebauungsplan Rönneburg 5**
Antrag CDU Drs XIX/92 betr. LKW-Durchgangsverkehr in der Vogteistraße
Antrag SPD Drs XIX/121 betr. Schwerlastverkehr in der Vogteistraße
Antrag Die Linke Drs XIX/131 betr. Lkw-Durchgangsverkehr in der Vogteistraße
Antrag Grüne/GAL Drs XIX/134 betr. LKW-Durchgangsverkehr in der Vogteistraße

Herr Bliefert geht auf die lange Vorgeschichte des Problems ein und bedauert, dass trotz vieler Gespräche seitens der CDU mit den zuständigen Stellen keine einvernehmliche Lösung gefunden werden konnte. Auch in der letzten Amtsperiode sei die Polizei im zuständigen Ausschuss erfolglos aufgefordert worden Möglichkeiten aufzuzeigen, wie der Schwerlastverkehr aus dem betroffenen Gebiet herausgehalten werden könne. Auch deshalb sei die Verlagerung der unteren Straßenverkehrsbehörde zum Bezirk verstärkt vorangetrieben worden. Sobald dieses Vorhaben abgeschlos-

sen sei, könne gemeinsam mit den Anwohnern eine vernünftige Lösung des Problems entwickelt werden.

Herr Meinberg äußert Verständnis für die Sorgen der Anwohner, weist aber darauf hin, dass es keine Verdrängungseffekte zu Lasten anderer Straßen geben dürfe. Er kündigt Gespräche mit dem Landkreis an und betont, dass die Beratungen sicherlich eine Weile dauern werden; heute könne er noch keine fertige Lösung anbieten.

Herr Fuß stimmt der Anwohnerkritik zu; die Verhältnisse seien unerträglich. Die SPD beabsichtige deshalb, den alten Zustand – wie vor dem Brückenneubau – wiederherzustellen und die Vogteistraße ab der Straße Reller bis zur Landesgrenze für den Schwerlastverkehr zu sperren; dazu sei lediglich das Aufstellen einiger Verkehrsschilder erforderlich. Es handele sich um eine preiswerte und praktikable Lösung, die unverzüglich auf den Weg gebracht und leicht kontrolliert werden könne. Weitere lange Beratungen oder „runde Tische“ seien dann überflüssig; die Anträge der Linken und der GAL würden deshalb abgelehnt. Für den Antrag CDU Drs XIX/91 schlage er die Überweisung ohne Annahme in den Stadtplanungsausschuss vor, macht aber darauf aufmerksam, dass die ohnehin geringen Planungskapazitäten in der Stadtplanungsabteilung für wichtigere Vorhaben wie z.B. das Wohnungsbauprogramm benötigt würden.

Herr Lübberstedt kritisiert, dass sich seit 30 Jahren an der Straße nichts geändert habe und eine Verbesserung der Situation auch heute nicht in Sicht sei. Die Linke schlage deshalb die Prüfung der im Antrag dargestellten Lösungsmöglichkeiten vor und plädiere für eine Klärung innerhalb der Metropolregion.

Herr Dr. Duwe schließt sich den Ausführungen von Herrn Fuß an; die gesamte Vogteistraße sei grundsätzlich nicht LKW-fähig.

Herr Wolkau begrüßt ebenfalls das Statement von Herrn Fuß; die GAL werde aber trotzdem allen Anträgen zustimmen, weil es sich um Berichtsanträge handle und man sich wertvolle Informationen der Polizei im zuständigen Ausschuss erhoffe.

Nach weiterer Diskussion und Beantwortung von Detailfragen beschließt *die Bezirksversammlung* wie folgt:

Antrag CDU Drs XIX/91	mit Mehrheit Überweisung in den Stadtplanungsausschuss
Antrag CDU Drs XIX/92	mit Mehrheit abgelehnt
Antrag SPD Drs XIX/121	einstimmige Zustimmung

Die Anträge Linke Drs XIX/131 und Grüne/GAL Drs XIX/134 werden aufgrund der vorhergehenden Beschlussfassung für erledigt erklärt.

Der Vorsitzende gibt das Vorliegen folgender Dringlichkeitsanträge bekannt:

Antrag SPD Drs XIX/124

betr. Nachbarschaftsbeirat Airbus Finkenwerder

Die Bezirksversammlung erkennt die Dringlichkeit einvernehmlich an und stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Antrag CDU Drs XIX/125

betr. Nachbarschaftsbeirat Airbus Finkenwerder

Die Bezirksversammlung erkennt die Dringlichkeit einvernehmlich an und stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Antrag FDP Drs XIX/132

betr. Vertraulichkeit

Die Bezirksversammlung überweist den Antrag zur weiteren Behandlung in den Hauptausschuss.

Tagesordnung:

A. Öffentlicher Teil

1. Aktuelle Stunde

Es wurde kein Thema angemeldet.

2. Haushaltsangelegenheiten

Interfraktioneller Antrag Drs XIX/120

betr. Haushalt 2011 – Titel 1811.791.02 – Bezirkssondermittel

hier: Erstaussstattung des Kulturhauses Süderelbe im BGZ Neugraben

Die Bezirksversammlung stimmt dem Antrag einstimmig zu.

3. Angemeldete strittige Punkte aus den Fachausschüssen

Es liegt nichts vor.

**4. Antrag SPD Drs XIX/95
betr. Einrichtung eines Trinkraums analog dem Café „SOFA“ in Kiel**

**Antrag SPD Drs XIX/96
betr. Projekt für Freizeitgestaltung (PFG) – Suche nach einem Ersatzstandort**

**Antrag Die Linke Drs XIX/127
betr. Projekt für Freizeitgestaltung (PFG) – Suche nach einem Ersatzstandort**

**Antrag Grüne/GAL Drs XIX/133
betr. Ersatzstandort für PFG**

Herr Heimath schildert ausführlich die Vorgeschichte der Einrichtung des Projekts für Freizeitgestaltung; dadurch habe sich in den 90iger Jahren die Situation auf dem Rathausplatz spürbar entschärft. Mittlerweile habe die Alkoholsucht jedoch deutlich zugenommen und sich erneut eine Trinkerszene auf dem Harburger Rathausplatz entwickelt. Das in diesem Zusammenhang immer wieder geforderte Alkoholverbot würde nur zu Verdrängungseffekten führen und wäre außerdem schwer kontrollierbar. Das Harburger Projekt „ZuArbeit“ (Sozialarbeit mit Erwachsenen) habe zwar erste Erfolge gezeigt; die Zahl der regelmäßig trinkenden Personen auf dem Rathausplatz sei aber immer noch zu hoch. Er schlage deshalb die Einrichtung eines sogenannten Trinkraums analog dem Café SOFA in Kiel vor; damit würde ein Angebot geschaffen, das die persönliche Situation der Randständigen verbessern könne und wegführe vom Aufenthalt auf dem Rathausplatz.

Zu PFG führt er aus, dass sich das Konzept der Einrichtung bewährt habe; die weitere Entwicklung befinde sich jedoch in einer unsicheren Situation, da das Grundstück mittelfristig einer Vermarktung zugeführt und mit Wohnungen bebaut werden solle. Deshalb werde die Verwaltung aufgefordert, präventiv einen Ersatzstandort zu suchen.

Herr Hornung stimmt zu, dass sich PFG bewährt und gut entwickelt habe; deshalb unterstütze die CDU den entsprechenden Antrag. Die Einrichtung von Trinkerräumen halte er grundsätzlich für keine ideale Lösung; dennoch werde auch diesem Antrag zugestimmt, da es sich um einen Prüfantrag handle. Er merkt kritisch an, dass immer nur über das Befinden dieser Trinkergruppen nachgedacht werde anstatt sie vom Trinken abzuhalten; auch das Projekt ZuArbeit habe bisher nicht sehr viele Menschen in eine neue Richtung bewegen können. Deshalb würde er nach wie vor ein generelles Alkoholverbot auf dem Harburger Rathausplatz begrüßen und kündigt einen entsprechenden Antrag an.

Frau Ehlers erklärt die Zustimmung der GAL zu den Prüfanträgen, hält aber die darin enthaltenen Öffnungszeiten für kontraproduktiv, da ein großer Teil des Lärms auf dem Platz in den Abendstunden entstünde. Desweiteren bezweifle sie, dass alle der vielen verschiedenen Trinkergruppen in Harburg eine Einrichtung wie das Café SOFA wirklich aufsuchen würden. Auch ein generelles Alkoholverbot halte sie wegen mangelnder Kontrollmöglichkeiten und eventueller Ausnahmeregelungen für das Vogelschießen oder den Weihnachtsmarkt für nicht durchsetzbar.

Herr von Eitzen schließt sich Herrn Hornung an; PFG sei ein Erfolgsmodell und sollte auf jeden Fall fortgesetzt werden. Das Alkoholverbot auf dem Rathausplatz werde von der FDP jedoch abgelehnt, weil es rechtsstaatlich bedenklich sei. Eine Einrichtung wie das Café SOFA werde ausdrücklich befürwortet; es seien jedoch im Bezirksamtsbereich mindestens 2 Standorte (je einer in Harburg und

Süderelbe) erforderlich. Mit der Vorbereitung der Umsetzung sollte schnellstmöglich begonnen werden, damit die Einrichtung spätestens im nächsten Sommer genutzt werden könne.

Frau Boeddinghaus betont, dass öffentliche Plätze allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen müssen. Verwaltung und Politik seien aufgefordert, dafür vernünftige Rahmenbedingungen zu schaffen und entsprechende Konzepte zu entwickeln. Die Linke werde den Anträgen zustimmen.

Nach weiterer Diskussion stimmt *die Bezirksversammlung* den Anträgen SPD Drs XIX/95, SPD Drs XIX/96 und Grüne/GAL Drs XIX/133 einstimmig zu und überweist den Antrag Die Linke Drs XIX/127 mit Mehrheit zur weiteren Behandlung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Integration.

6. Antrag Grüne/GAL Drs XIX/24

betr. Gesamtverkehrskonzept für den Süderelberaum zügig vollenden

Antrag SPD Drs XIX/122

betr. Gesamtkonzept für den Süderelberaum

Herr Wolkau verliert den Antrag der GAL. Bei der Präsentation des Zwischenergebnisses am 27.9.10 im Stadtplanungsausschuss seien fraktionsübergreifend diverse Mängel angemerkt und die BSU zur Nachbesserung aufgefordert worden; das Ergebnis dieser Nachbesserung müsse jetzt endlich im Bezirk vorgestellt werden.

Herr Heimath macht deutlich, dass das Konzept vorliege und der Senator zugesagt habe, es im Juni den bezirklichen Gremien zukommen zu lassen. Erst dann könne man über Inhalte reden. Er schlage deshalb vor, den Antrag der GAL ohne Annahme in den Stadtplanungsausschuss zu überweisen.

Herr von Eitzen stimmt zu, dass das im Stadtplanungsausschuss vorgestellte Papier lücken- und fehlerhaft gewesen sei. Trotzdem sei der Antrag der GAL nicht zielführend und werde daher abgelehnt.

Herr Fischer schließt sich an; auch die CDU gebe der Qualität den Vorrang vor der Schnelligkeit; die Vorstellung des Konzepts im Stadtplanungsausschuss könnte auch nach der Sommerpause erfolgen.

Die Bezirksversammlung stimmt dem Antrag SPD Drs XIX/122 einstimmig zu und überweist ihn zur weiteren Behandlung in den Stadtplanungsausschuss; der Antrag Grüne/GAL Drs XIX/24 wird mit Mehrheit ohne Annahme in den Stadtplanungsausschuss überwiesen.

7. Antrag Grüne/GAL Drs XIX/25

betr. Planungen für Hafenuferspange auf den Prüfstand

Antrag Die Linke Drs XIX/130

betr. Planungen für Hafenuferspange auf den Prüfstand

Herr Wolkau plädiert für eine ernsthafte Überprüfung der angedachten Trasse der Hafenuferspange,

weil die zur Zeit angedachte Linienführung gravierende Nachteile für den Naturraum und den Stadtteil Moorburg aufweise und außerdem die verkehrliche Notwendigkeit nicht gegeben sei.

Herr Dr. Duwe lehnt die Südvarianten grundsätzlich ab und fordert die Prüfung von Nordvarianten; die FDP werde deshalb dem Antrag der Linken zustimmen und den GAL-Antrag ablehnen.

Herr Heimath erklärt, dass die SPD eine Hafenuferspange zwar grundsätzlich befürworte, über Details aber erst diskutieren werde, wenn das Gesamtverkehrskonzept vorliege. Er schlage deshalb die Überweisung beider Anträge ohne Annahme in den Stadtplanungsausschuss vor.

Die Bezirksversammlung überweist die Anträge Grüne/GAL Drs XIX/25 und Die Linke Drs XIX/130 mit Mehrheit zur weiteren Behandlung in den Stadtplanungsausschuss.

8. Antrag SPD Drs XIX/98

betr. Erhalt der Unterführung zwischen Lüneburger Straße und der Seevepassage

Antrag Grüne/GAL Drs XIX/27

betr. Schmuddeltunnel zuschütten

Antrag Die Linke Drs XIX/129

betr. Erhalt der Unterführung zwischen Lüneburger Straße und der Seevepassage

Herr Kazanci macht deutlich, dass sich die SPD ausdrücklich zum Erhalt des Tunnels bekenne; er sei eine sichere und bequeme Verbindung zwischen der Lüneburger Straße und der Seevepassage und werde in großem Umfang genutzt. Der jetzige Zustand sei jedoch wenig einladend und müsse dringend verbessert werden; die SPD fordere daher, den aufgrund von juristischen Auseinandersetzungen entstandenen Stillstand der Planungen endlich zu beenden. Ein weiterer Rechtsstreit wie die Einleitung eines Enteignungsverfahrens wäre nicht zielführend und werde von der SPD nicht unterstützt.

Herr Preuß plädiert für eine Zuschüttung des Tunnels. Wenn dieser erhalten bleiben sollte, müsste er rund um die Uhr bewacht werden, damit der verbesserte Zustand erhalten bleibt und die Leute sich sicher fühlen können. Eine Aufhebung des Tunnels sollte nicht generell abgelehnt werden; der ehemalige Tunnel unter der Knoopstraße werde heute auch von niemandem vermisst. Die GAL befürworte daher die Einleitung eines Enteignungsverfahrens, um rechtliche Klarheit zu schaffen.

Frau Nordbrock und *Herr Schuster* schließen sich den Ausführungen von Herrn Kazanci an; der Tunnel sollte nicht aufgegeben werden, weil sich laut einer Umfrage 75 % der Harburger Bürger für einen Erhalt ausgesprochen hätten. Die Linke fordere ergänzend, interessierte Bürger an der künftigen Gestaltung zu beteiligen.

Herr Meinberg appelliert an die Bezirksversammlung, in alle Richtungen zu denken und nicht von vornherein bestimmte Überlegungen auszuschließen; nur dann könne eine positive Entwicklung für die Harburger Innenstadt herbeigeführt werden. Die Festlegung auf den dauerhaften Erhalt des Tunnels sei nicht sachgerecht, weil dieser nach Aussagen von verschiedenen Fachleuten die Funktion

einer Verbindung zwischen den beiden Polen der Innenstadt nicht herstellen könne. Gestalterische Verbesserungen würden nicht ausreichen, weil der aus statischen Gründen nicht veränderbare obere Querriegel wie eine Barrikade den Blick in die Lüneburger Straße versperre. Abschließend geht er kurz auf den bekannten Rechtsstreit ein und betont, dass Eigentum auch in Harburg verpflichtend sei.

Herr Fischer erinnert an die „Vision Zusammenwachsendes Harburg“, in der eine Entwicklung der Harburger Innenstadt vom Phoenixviertel über die Lüneburger Straße bis in den Binnenhafen angedacht worden sei. Dies werde von der CDU nach wie vor für richtig gehalten, könne aber nicht in wenigen Jahren verwirklicht werden. Er hebt hervor, dass eine durchgehende Verbindung für die Harburger Innenstadt außerordentlich wichtig sei, dazu sei aber in alle Richtungen zu prüfen. Die CDU werde dem SPD-Antrag zwar zustimmen, sehe ihn aber nur als Zwischenlösung. Eine endgültige Lösung sei erst möglich, wenn die rechtlichen Fragen abschließend geklärt seien; die Einleitung eines Enteignungsverfahrens werde aufgrund erheblicher Bedenken nicht mitgetragen.

Nach weiterer Diskussion lehnt *die Bezirksversammlung* den Antrag Grüne/GAL Drs XIX/27 mit Mehrheit ab, stimmt dem Antrag SPD Drs XIX/98 mit Mehrheit zu und überweist ihn zur weiteren Behandlung in den Stadtplanungsausschuss. Der Antrag Die Linke Drs XIX/129 wird ohne Annahme in den Stadtplanungsausschuss überwiesen.

9. Antrag CDU Drs XIX/33 neu betr. Modernisierung und Erweiterung der Asklepios Klinik Harburg

Herr Fischer weist darauf hin, dass mittlerweile ein Bauantrag des Konzerns für den ersten Bauabschnitt vorliege, der zur Zeit in den Gremien in vertraulichen Sitzungen behandelt werde. Alle Beteiligten hätten deutlich gemacht, dass es dringend geboten sei, den zweiten Bauabschnitt schnellstmöglich in Angriff zu nehmen, damit in Harburg ein nachhaltiges, ökologisches Krankenhaus mit ausreichender Versorgung der Bevölkerung und akzeptablen Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter entstehen könne. Der Senat sei aufzufordern, die entsprechende Finanzierung sicherzustellen.

Herr Lübberstedt lehnt eine weitere Finanzierung ab, weil Asklepios bereits genügend öffentliche Mittel bekommen habe. Die Linke fordere stattdessen, das Krankenhaus wieder zu verstaatlichen.

Herr Heimath erklärt, dass die SPD grundsätzlich die Modernisierungs- und Erweiterungsabsichten der Asklepios Klinik Harburg begrüße, kritisiert aber die Diskussion der letzten Wochen in den Medien, die dem Fortschritt des Bauvorhabens nicht gedient habe. Er weist darauf hin, dass das Krankenhausgesetz eine Finanzierung von Maßnahmen, die lediglich der Senkung von Betriebskosten dienen würden, gar nicht zulasse. Außerdem habe Asklepios auch nie einen entsprechenden Förderantrag bei der Stadt gestellt. Er schlägt die Überweisung des Antrags ohne Annahme in den Stadtplanungsausschuss vor.

Die Bezirksversammlung überweist den Antrag zur weiteren Behandlung in den Stadtplanungsausschuss.

10. Antrag SPD Drs XIX/97

betr. Entwicklung eines Wohnungsbaukonzeptes für den Bezirk Harburg

Antrag Grüne/GAL Drs XIX/26

betr. Wohnungsbau in Marmstorf und andernorts fördern

Antrag Die Linke Drs XIX/128

betr. Entwicklung eines Wohnungsbaukonzeptes für den Bezirk Harburg

Herr Beeken verweist auf die Niederschrift über die 23. Sitzung der Bezirksversammlung in der 18. Amtsperiode am 28.9.2010. Die SPD habe bereits damals mit dem Antrag Drs XVIII/1164 die Entwicklung eines Wohnungsbaukonzeptes gefordert, weil es in Harburg möglich sein müsse, jedes Jahr 400 bis 500 Wohnungen im bezahlbaren, frei finanzierten und öffentlichen Wohnungsbau zu errichten. Der Vorsitzende des Stadtplanungsausschusses habe das damals für nicht erforderlich gehalten, und die Koalition habe dieses Ansinnen abgelehnt. Die SPD wolle diesen Prozess jetzt neu beginnen, damit in Harburg endlich wieder bezahlbarer Wohnraum entstehen könne.

Frau Boeddinghaus stimmt zu, dass es einen schmerzhaften Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Harburg gebe; die Linke werde deshalb den Antrag der SPD und die Durchführung einer Wohnungsbaukonferenz unterstützen. Es sollten aber u.a. Mitglieder aller Ausschüsse, die sich mit Stadtentwicklungsthemen befassen, einbezogen werden; Investoren seien erst in der 2. Runde zu beteiligen.

Herr Dr. Duwe erklärt die Zustimmung der FDP zum SPD-Antrag und macht aufmerksam auf den der Bürgerschaft vorliegenden Entwurf einer Vereinbarung zwischen Senat und Bezirken zum Thema Wohnungsbau; ein bezirkliches Konzept wäre der darauf folgende Schritt.

Herr Preuß fordert eigene Initiativen der Bezirksversammlung; sie sollte nicht auf Vorschläge bzw. Vorlagen der Verwaltung warten. Der Antrag der SPD werde deshalb für nicht zustimmungsfähig gehalten.

Herr Fischer hält alle vorliegenden Anträge nach derzeitigem Stand für nicht entscheidungsreif bzw. überholt und spricht ebenfalls die o.g. Vereinbarung zwischen Senat und Bezirken an, die der Bürgerschaft vorliege. Er kritisiert mit Nachdruck die bisher nicht erfolgte Beteiligung der bezirklichen Gremien; damit würden die Rechte der Bezirksversammlung in eklatanter Weise missachtet.

Herr Meinberg erläutert kurz die allgemeinen Ziele dieses Vertrags; so sollen u.a. in Harburg pro Jahr 700 neue Wohnungen entstehen. Bisher gebe es jedoch nur die Zusage des Bezirksamtsleiters, dieses Ziel ernsthaft anzustreben – Rechte der Bezirksversammlung würden damit noch nicht berührt werden. Im weiteren vorgegebenen Verfahren werde diese Zahl dann als Ergebnis der Wohnungsbaukonferenz in einem Wohnungsbauprogramm – unter Beteiligung der bezirklichen Gremien – konkretisiert werden.

Nach weiterer Diskussion lehnt *die Bezirksversammlung* den Antrag Grüne/GAL Drs XIX/26 mit Mehrheit ab, stimmt dem Antrag SPD Drs XIX/97 mit Mehrheit zu und überweist ihn zur weiteren Behandlung in den Stadtplanungsausschuss. Der Antrag Die Linke Drs XIX/128 wird ohne Annahme in den Stadtplanungsausschuss überwiesen.

11. Antrag CDU Drs XIX/34
betr. Teilabrechnung von Anliegerbeiträgen

Die Bezirksversammlung lehnt den Antrag mit Mehrheit ab.

12. Antrag FDP Drs XIX/80
betr. Ein flexibles Parkraumkonzept für die Harburger Innenstadt

Die Bezirksversammlung überweist den Antrag mit Mehrheit zur weiteren Behandlung in den Regionalausschuss Harburg.

13. Antrag SPD Drs XIX/99
betr. Brücke über die Cuxhavener Straße modernisieren und dem neuesten Stand der Technik anpassen!

Die Bezirksversammlung stimmt dem Antrag einstimmig zu.

14. Antrag CDU Drs XIX/35
betr. Wohnungsbau Marktfläche Neugraben

Die Bezirksversammlung überweist den Antrag mit Mehrheit zur weiteren Behandlung in den Stadtplanungsausschuss.

15. Antrag SPD Drs XIX/100
betr. Die alte Schule in Cranz einer neuen Verwendung zuführen

Die Bezirksversammlung stimmt dem Antrag mit Mehrheit zu und überweist ihn zur weiteren Behandlung in den Ausschuss für Kultur, Bildung, Sport und Stadtteilentwicklung.

16. Antrag CDU Drs XIX/36
betr. Fortführung Beach Club Veritaskai

Der Vorsitzende teilt mit, dass Herr Fischer an der Abstimmung nicht teilnehmen werde.

Die Bezirksversammlung nimmt Kenntnis und überweist den Antrag mit Mehrheit zur weiteren Behandlung in den Stadtplanungsausschuss.

17. Antrag SPD Drs XIX/101
betr. Keine Gefahrguttransporte auf der Bremer Straße (B 75)

Die Bezirksversammlung stimmt dem Antrag einstimmig zu und überweist ihn zur weiteren Behandlung in den Ausschuss für Inneres, Bürgerservice und Verkehr.

18. Antrag CDU Drs XIX/37
betr. Zufahrt ALDI-Markt Cuxhavener Straße 402

Der Vorsitzende teilt mit, dass Herr Fischer an der Abstimmung nicht teilnehmen werde.

Die Bezirksversammlung nimmt Kenntnis und überweist den Antrag einstimmig zur weiteren Behandlung in den Regionalausschuss Süderelbe.

19. Antrag Grüne/GAL Drs XIX/29
betr. Atomkraftwerk Krümmel endgültig stilllegen

Die Bezirksversammlung stimmt dem Antrag mit Mehrheit zu.

20. Antrag CDU Drs XIX/84
betr. Hafenschlickdeponie Moorburg

Herr Fischer erinnert an den einstimmigen Beschluss der Bezirksversammlung vom 28.9.2010, mit dem die Ansiedlung einer Hafenschlickdeponie in Moorburg abgelehnt worden sei, und bittet um Bestätigung dieses Beschlusses – auch um deutliche Signale an den Senat und HPA zu senden.

Die Bezirksversammlung überweist den Antrag mit Mehrheit zur weiteren Behandlung in den Stadtplanungsausschuss.

21. Antrag CDU Drs XIX/85
betr. Eigenständigkeit Helms-Museum

Herr Bonhagen erinnert an diverse Anträge und Beschlüsse aus den letzten Jahren zu diesem Thema – u.a. der einstimmig beschlossene gemeinsame Antrag CDU/GAL Drs XVIII/1001 vom April 2010, der das gleiche Petitum wie der heute vorgelegte Antrag enthalten habe. Er bittet um Bestätigung dieses Beschlusses.

Herr Beeken beantragt die Überweisung des Antrags ohne Annahme in den Ausschuss für Kultur, Bildung, Sport und Stadtteilentwicklung.

Die Bezirksversammlung überweist den Antrag mit Mehrheit zur weiteren Behandlung in den Ausschuss für Kultur, Bildung, Sport und Stadtteilentwicklung.

22. Antrag SPD Drs XIX/102
betr. StadtrAD auch für Harburg

Die Bezirksversammlung stimmt dem Antrag einstimmig zu und überweist ihn zur weiteren Behandlung in den Ausschuss für Inneres, Bürgerservice und Verkehr.

23. Antrag Grüne/GAL Drs XIX/28
betr. Landschaftsbrücke in den Binnenhafen bauen

Antrag SPD Drs XIX/123
betr. Landschaftsbrücke in den Binnenhafen – Machbarkeitsstudie

Die Bezirksversammlung stimmt dem Antrag der SPD einstimmig zu und überweist ihn zur weiteren Behandlung in den Stadtplanungsausschuss; der Antrag der GAL wird mit Mehrheit ohne Annahme in den Stadtplanungsausschuss überwiesen.

24. Antrag CDU Drs XIX/86
betr. Dauerhafte Sicherung der Sammlung Falckenberg in Harburg

Herr Bonhagen geht auf die bekannte Vorgeschichte ein und hebt die Bedeutung dieser Sammlung für Harburg hervor; deshalb müsse die Fortführung der Kooperation von Deichtorhallen Hamburg und der Sammlung Falckenberg haushaltsmäßig dauerhaft abgesichert werden.

Herr Heimath verweist auf den vom Senat mit Herrn Falckenberg abgeschlossenen Vertrag, der bis zum 31.12.2023 befristet sei. Damit habe sich der Senat verpflichtet, den Deichtorhallen jährlich 500.000 € für die Betreuung der Sammlung und 70.000 € für eine Kuratoren-Stelle zur Verfügung zu stellen; damit sei auch das Verbleiben der Sammlung in Harburg verbunden. Der Antrag sei deshalb überflüssig und werde von der SPD abgelehnt.

Die Bezirksversammlung lehnt den Antrag mit Mehrheit ab.

25. Antrag CDU Drs XIX/87
betr. Ergebnisse der Plandiskussion Windenergie im Bezirk vom 9. Dezember 2010

Der Vorsitzende bittet darum, im Antrag den Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz zu streichen und stattdessen den Stadtplanungsausschuss einzusetzen.

Die Bezirksversammlung stimmt dem entsprechend geänderten Antrag CDU Drs XIX/87 neu einstimmig zu und überweist ihn zur weiteren Behandlung in den Stadtplanungsausschuss.

26. Antrag CDU Drs XIX/88
betr. Umsetzung Bebauungsplan Eißendorf 46

Herr Schuster erklärt, dass die FDP eine Forcierung der Umsetzung zwar grundsätzlich begrüße; da es aber nur um die Aufstellung des Straßenschildes gehe, werde sie den Antrag ablehnen.

Die Bezirksversammlung stimmt dem Antrag mit Mehrheit zu.

27. Antrag CDU Drs XIX/89
betr. Schornstein Phoenix

Herr Schneider führt aus, dass der Schornstein auf dem ehemaligen Phoenix-Gelände Harburg über Jahrzehnte ein an dieser Stelle prägendes Gesicht gegeben habe; er sei eines der letzten markanten Zeichen der Industrialisierung, die den Aufschwung Harburgs zu einer Großstadt ausgelöst habe. Die CDU fordere deshalb den unbedingten Erhalt in der jetzigen Form und Höhe; ein Abbruch oder eine Verkürzung komme keinesfalls in Betracht.

Herr Heimath entgegnet, dass die Verwaltung schon seit längerer Zeit Gespräche mit dem Eigentümer führe, um den Erhalt des Schornsteins zu gewährleisten. Das Unternehmen habe ein Gutachten in Auftrag gegeben und sei bereit, dieses im zuständigen Ausschuss vorzustellen und zu diskutieren, sobald es vorliege. Er beantrage deshalb die Überweisung des Antrags ohne Annahme in den Ausschuss für Kultur, Bildung, Sport und Stadtteilentwicklung.

Herr Preuß appelliert an die Bezirksversammlung, klare Position zu beziehen und sich eindeutig für den Erhalt dieses einzigartigen Industriedenkmals einzusetzen.

Herr Penner macht auf ein großes Problem im Zusammenhang mit Industriedenkmalen aufmerksam: So sei zu klären, welche wirtschaftliche Nutzungsmöglichkeit es für das Objekt gebe und ob diese dem Eigentümer zuzumuten sei. Da ein Industrieschornstein heute keine so große Höhe mehr haben müsse und andere wirtschaftliche Nutzungen für einen Schornstein schwer vorstellbar seien, sei das Bezirksamt auf die gutwillige Kooperation mit dem Eigentümer angewiesen. Ein Beschluss dieses Antrags wäre dafür nicht gerade hilfreich.

Nach weiterer ausführlicher Diskussion überweist *die Bezirksversammlung* den Antrag mit Mehrheit zur weiteren Behandlung in den Ausschuss für Kultur, Bildung, Sport und Stadtteilentwicklung.

28. Antrag CDU Drs XIX/90
betr. Ehemalige Toilettenanlage Schwarzenberg

Herr Hornung bemängelt den Zustand der ehemaligen Toilettenanlage am Schwarzenberg und der in der Nähe befindlichen Sitzbänke; beides sei ein Schandfleck gegenüber dem Neubau der TU auf der anderen Straßenseite. Er erwarte daher von der Verwaltung Vorschläge zur attraktiveren Gestaltung dieses Bereichs.

Herr Schuster schließt sich an.

Herr Dose schlägt die Überweisung des Antrags ohne Annahme in den Regionalausschuss Harburg vor, weil in diesem Zusammenhang noch etliche andere Fragen zu klären seien.

Die Bezirksversammlung überweist den Antrag mit Mehrheit zur weiteren Behandlung in den Regionalausschuss Harburg.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die in der Geschäftsordnung festgelegte Sitzungsdauer bereits um 13 Minuten überschritten sei, und bittet die Bezirksversammlung um eine weitere Verlängerung von 15 Minuten.

Die Bezirksversammlung ist einverstanden.

**29. Wahl von ständigen Vertretern für den Jugendhilfeausschuss
Anträge SPD Drs XIX/107 und Grüne/GAL Drs XIX/119**

Die Bezirksversammlung stimmt beiden Drucksachen einstimmig zu; damit sind

- Herr Oliver Vornfeld als ständiger Vertreter für Frau Lewy
- Herr Rainer Diestelhorst als ständiger Vertreter für Frau Ehlers

gewählt.

**30. Antrag Die Linke Drs XIX/40
betr. Sitzordnung in der Bezirksversammlung und Regelung der Platzierung der Fraktion Die Linke**

Herr Fischer merkt an, dass man grundsätzlich nicht mit Mehrheit über Sitzordnungen abstimmen können sollte; er beantrage deshalb die Rücküberweisung in den Hauptausschuss, damit dieser über eine dauerhafte – in die Geschäftsordnung einzubindende - Regelung befinde.

Frau Boeddinghaus fordert eine sofortige Beschlussfassung.

Die Bezirksversammlung überweist den Antrag mit Mehrheit zur weiteren Behandlung in den Hauptausschuss.

**31. Antrag Die Linke Drs XIX/44
betr. Stimmrecht in Jury-Sitzungen**

**Antrag Die Linke Drs XIX/126
betr. Stimmrecht in Jury –Sitzungen**

Frau Boeddinghaus weist darauf hin, dass es sich um Anträge handele, die für eine weitere Demokratisierung sorgen sollten. Sie plädiert für ein gleichberechtigtes Stimmrecht in Jury-Sitzungen, damit auch die Meinung von Minderheiten bei öffentlichen Vorhaben beachtet werde.

Herr Kazanci berichtet, dass es in Jury- und Kommissionssitzungen fast immer ein konsensuales Ergebnis unter den Politikern gebe; dies zeige, dass das vorhandene Verfahren funktioniere und alle Meinungen berücksichtige. Im Übrigen müsse akzeptiert werden, dass die demokratisch legitimierten Mehrheiten in der Bezirksversammlung auch in Jurys und ähnlichen Gremien abgebildet werden. Die SPD werde den Antrag ablehnen.

Frau Ehlers und *Herr Schuster* erklären für ihre Fraktionen die Zustimmung zu den Anträgen. Wenn die kleinen Fraktionen schon Mitglieder in Jurys entsenden dürften, sollten diese auch mit abstimmen können.

Die Bezirksversammlung lehnt den Antrag Die Linke Drs XIX/44 mit Mehrheit ab; der Antrag Die Linke Drs XIX/126 ist damit erledigt.

**32. Antrag SPD Drs XIX/105
betr. Bürgerfragestunde auch in den Regionalausschüssen**

Die Bezirksversammlung stimmt dem Antrag mit Mehrheit zu.

**33. Antrag FDP Drs XIX/79
betr. Weiterhin zubenannte Bürger/innen als Mitglieder für alle Fraktionen in Ausschüssen der
Bezirksversammlung Harburg zulassen!**

Die FDP-Fraktion hat den Antrag zurückgezogen.

34. Berichte aus den Fach- und Regionalausschüssen

34.1 Beschlussempfehlungen

34.1.1 Geschäftsordnung für den Jugendhilfeausschuss Harburg

Die Bezirksversammlung folgt der Empfehlung des Jugendhilfeausschusses und stimmt der Geschäftsordnung einstimmig zu.

34.1.2 Sanierungsgebiet Phoenix-Viertel

Die Bezirksversammlung folgt der Empfehlung des Ausschusses für Kultur, Bildung, Sport und Stadtteilentwicklung und stimmt dem Ergebnis der Auslosung des neuen Sanierungsbeirates einstimmig zu.

34.1.3 Beiratsempfehlung 01/2011

Die Bezirksversammlung folgt der Empfehlung des Ausschusses für Kultur, Bildung, Sport und Stadtteilentwicklung und stimmt der Teilfortschreibung für das Grundstück Reinholdstraße 3 einstimmig zu.

34.1.4 Erhalt der Hilke-Häuser und Erweiterung der TuTech

Die Bezirksversammlung folgt der Empfehlung des Stadtplanungsausschusses und stimmt dem Projekt einstimmig zu.

34.1.5 B-Planverfahren Marmstorf 29 (Elfenwiese) incl. F-Plan- und Lapro-Änderung

Die Bezirksversammlung folgt der Empfehlung des Stadtplanungsausschusses und stimmt der Fortführung des Planverfahrens auf Grundlage der geänderten Funktionsplanung einstimmig zu.

34.2 Erledigte Drucksachen

Es liegt nichts vor.

35. Genehmigung der Niederschrift über die Fortsetzung der konstituierenden Sitzung der Bezirksversammlung in der 19. Amtsperiode am 19. April 2011

Einwendungen werden nicht erhoben; die Niederschrift ist damit genehmigt.

36. Bekanntmachungen gemäß § 9 der Geschäftsordnung

(siehe Anlage zur Tagesordnung vom 13.5.2011)

36.1 Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung am 10.5.11 2 Drucksachen beschlossen.

36.2 Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung am 10.5.11 4 Drucksachen beschlossen und an die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

36.3 Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung am 10.5.11 28 Drucksachen der 18. Amtsperiode und 2 Drucksachen der 19. Amtsperiode ohne Beschluss an die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

- 36.4 Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung am 10.5.11 112 Drucksachen der 18. Amtsperiode und 6 Drucksachen der 19. Amtsperiode für erledigt erklärt.
- 36.5 Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung am 10.5.11 10 Drucksachen zur Kenntnis genommen.
- 36.6 Neue Anfragen
- 36.7 Mitteilungen aus dem Jugendhilfeausschuss

Die Bezirksversammlung nimmt Kenntnis.

B. Nichtöffentlicher Teil

Es liegt nichts vor.

gez. Schulz

für die Niederschrift:

Möller